

Diskussion



Birmensdorferstr. 67, 2. OG
Postfach/C.P. 9177, 8036 Zürich
info@denknetz.ch
www.denknetz.ch
IBAN CH85 0900 0000 8745 0463 8

Kommt die nächste Tsunami-Krise ?

Denknetz-Arbeitsgruppe Nächste Krise

Joël Bühler, Andres Frick, Beat Ringger, Simon Rutz, Hans Schächli

23. September 2018



Vor zehn Jahren, am 15. September 2008 ging die US-Investmentbank Lehman Brothers Pleite. Das war der Auslöser eines Beinahe-Kollapses der Finanzmärkte, dessen Ursachen bis heute nicht wirklich bereinigt sind – und genau das dürfte eine nächste Wirtschaftskrise so gefährlich machen. Wir befürchten, dass diese Krise wuchtig sein wird und bald kommt. Wie so häufig vor einer Krise macht es zur Zeit allerdings grad noch den Anschein, als werde es gerade diesmal keine nächste Krise geben. Weiterhin werden gute Wirtschaftsprognosen präsentiert. Dennoch: Die Zeichen für eine baldigen Ausbruch mehren sich. Wo wird sie ausgelöst? Sind es die Aktienmärkte? Trifft es zuerst ein einzelnes Land und dann den Euro? Beginnt die Krise mit Währungsturbulenzen in Schwellenländern, oder gerät der Handelskrieg zwischen den USA und dem Rest der Welt ausser Kontrolle? Wie auch immer: Die (schweizerische, europäische und globale) Linke wird profilierte Ideen brauchen, wie dieser Krise begegnet werden kann, und wie ein grundsätzlicher wirtschaftspolitischer Kurswechsel durchgesetzt wird. Mit aller Wahrscheinlichkeit wird die Notwendigkeit eines solchen Kurswechsels zu einem breit diskutierten Thema werden. Allerdings könnte der Kurs auch nach rechts, in Richtung Nationalismus und eines Kampfes aller gegen alle drehen. Eine profillose Linke würde dann Gefahr laufen, im Kampf zwischen neoliberalen und nationalistischen Kräften zerrieben zu werden.

Krisen sind im Kapitalismus so sicher wie das Amen in der Kirche, wie bereits ein oberflächlicher Blick auf die Konjunkturverläufe zeigt. Die wichtige Frage lautet demnach nicht, ob eine Krise kommt, sondern wie gravierend sie verläuft und welche Wirkungen sie erzeugt. Warum wir eine tiefgreifende Krise erwarten erläutern wir ausführlich im Beitrag „Nächste Krise: Bald, heftig und lang“ in dieser Denknetz-Zeitung. Das Schlimmste käme allerdings erst nach dem Krisenausbruch. Denn viele der Instrumente, über die die Staaten und Zentralbanken in der Finanzkrise von 2007 und 2008 verfügten, um korrigierend zu intervenieren, sind heute stumpf geworden. Beispiel: Das Senken der Zinsen durch die Zentralbanken ist ein klassisches Instrument, um Kapital zu verbilligen, Anreize für neue Investitionen zu schaffen und damit die Wirtschaft zu stimulieren. Doch die Zinsen sind heute schon im Keller und lassen sich nicht mehr senken. Vor allem aber würden die Staaten diesmal weitgehend ausfallen, die die internationale Wirtschaft 2008 aus dem Sumpf gezogen haben: die sogenannten BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika). Denn diesmal sind viele dieser Schwellenländer selbst in der Bredouille. Die gesunkenen Rohstoffpreise haben Russland, Brasilien und Südafrika erheblich zugesetzt. Indien und auch China haben es bislang nur unzureichend geschafft, ihre Abhängigkeit von Exporten zu mildern und eine genügend rasch wachsende Binnennachfrage zu generieren. Kein Wunder: Die Stimulierung dieser Binnennachfrage würde erhebliche Lohnanstiege erforderlich machen. Doch tiefe Löhne allerdings sind eine der zentralen Bedingungen für eine starke Exportwirtschaft dieser Länder. Die Katze beisst sich in den Schwanz.

Neoliberalismus gegen Nationalismus

Anders als 2008 präsentiert sich auch die gesellschaftliche und politische Grosswetterlage. Die Krise von 2007 und 2008 markierte das Ende der langen Periode neoliberaler Hegemonie. In dieser Krise mussten die massgebenden Institutionen ihr neoliberales Denken über Bord werfen und zu so „verwerflichen“ Massnahmen greifen wie der Verstaatlichung von Grossbanken. In vielen Ländern sind die Kosten der Krise anschliessend auf die Bevölkerung abgewälzt

worden, sehr ausgeprägt in den europäischen Südländern. Der Linken ist es nicht gelungen, diese Austeritätspolitik erfolgreich zu bekämpfen. Viele Sozialdemokratische Parteien haben sie vielmehr unterstützt, so zum Beispiel die Sozialdemokratie in manchen Mittel- und Nordeuropäischen Ländern, die aktiv mitgeholfen hat, die südeuropäische Bevölkerung (besonders in Griechenland) in eine tiefe Krise zu drängen – und das oft mit chauvinistischem und nationalistischem Tonfall. Deshalb kann es auch nicht erstaunen, dass es in den Folgejahren zu einer markanten Stärkung genau dieser nationalistischen Kräfte gekommen ist. Dies hat die Gemengelage im Hinblick auf eine nächste Krise erheblich verändert. Nationalistische Politiken, Protektionistische Massnahmen und Handelskriege stehen jetzt auf der Agenda. Sie dürften bei einem Wirtschaftseinbruch vermehrt zur Anwendung gelangen – und die Krise möglicherweise damit gleich auch massiv befördern.

Klar ist, dass auch im nächsten Wirtschaftseinbruch die Unternehmen und das Bürgertum erneut versuchen werden, die Kosten auf die Bevölkerung abzuwälzen: mit Entlassungen, Lohnsenkungen, eine Erhöhung der Arbeitszeiten und Angriffen auf die Leistungen der Sozialen Sicherheit. Vermutlich wird dies Räume öffnen für eine offensive, profilierte linke Politik. Und diesmal ist die globale, europäische und schweizerische Linke gut beraten, diese Räume erfolgreich zu nutzen. Schlimm wäre, wenn sie politische Austeritäts-Agenden erneut mittragen würde. Dramatisch wäre es, wenn sich linke Kräfte vor den Karren nationalegoistischer Agenden spannen liessen. Genau das würde dem nationalistischen Original – den autoritären Rechten – weiteren Rückenwind verschaffen. Es darf also keine Kungeleien mit der nationalistischen Rechten, kein Einlenken auf nationalegoistische „Lösungen“ geben. Die Verlockung könnte erheblich sein, weil von Rechts durchaus auch pseudolinker Sirengesang kommt. Es darf aber auch keine Kungeleien mit der neoliberalen „Mitte“ geben. Die „Verlockung“ auf dieser Seite lautet: Neoliberale Austeritätsprogramme müssten (z.B. im Rahmen von Mitte-Linksregierungen) akzeptiert werden, um Schlimmeres (d.h. eine nationalistische Rechtswende) zu verhindern.

Profilierte linke Antworten

Wie aber könnte eine profilierte linke Politik aussehen? Klar ist: In Krisen müssen ausserordentliche Ressourcen mobilisiert werden, und Lösungsvorschläge müssen rasch Wirkung zeigen. 2007 und 2008 konnten die herrschenden Eliten innerhalb von kurzer Zeit über 11'000 Mrd. US-Dollars mobilisieren, um die „Finanzmärkte zu retten“. Die Kernfrage wird lauten, wer das nächste Mal solche Ressourcen aufbringt und in welchem Interesse sie eingesetzt werden. Klar ist auch, dass dabei vor „Systemfragen“ nicht zurückgeschreckt werden darf. In der letzten Krise war es von einem Tag auf den andern möglich, Banken zu verstaatlichen – was kurz zuvor noch als skurriler Vorschlag aus der linken Klassenkampf-Mottenkiste belächelt worden ist. Der Zweck dieser Verstaatlichungen war

allerdings die Rettung dieser Banken, nicht ihre Demokratisierung und ihre Unterstellung unter öffentliches Interesse. Das muss ein nächstes Mal anders werden. Im Beitrag *Sechs Bausteine für ein fortschrittliches Krisenprogramm* formulieren wir Eckwerte, die geeignet wären, eine Alternative zu Neoliberalismus oder Nationalismus auf die Wege zu bringen. Dabei geht es uns nicht darum, jetzt schon wissen zu wollen, wie ein solches Programm im Detail auszusehen hat. Vielmehr geht es um die generelle Stossrichtung und darum, eine dringend nötige Diskussion zu lancieren. Den Auftakt dazu machte vor kurzem ein Seminar mit dem deutschen Ökonomen Joachim Bischoff, das am 15.9.18 in Zürich stattgefunden hat und das wir mit Videoaufnahmen online dokumentiert haben. Sie finden die Videos auf unserer Homepage www.denknetz.ch.

Sechs Bausteine für ein fortschrittliches Krisenprogramm

In einer nächsten Krise spitzen sich die sozialen und politischen Auseinandersetzungen zu. Konzerne, Unternehmerverbände und bürgerliche Parteien werden alles daran setzen, der breiten Bevölkerung die Zeche für die Krise zu überbürden. Ebenfalls werden sie versuchen, Entlassungen, Lohnabbau, und leere Staatskassen als unausweichliche, alternativlose Folge der Krise erscheinen zu lassen. Dagegen wird sich voraussichtlich Widerstand formieren. Die Politik der Linken wird wesentlichen Anteil daran haben, ob dieser Widerstand erfolgreich ist. Je nach Verlauf und Tiefe der Krise wird auch die Frage nach den gesellschaftlichen Perspektiven aufgeworfen: Der Kapitalismus wird vermutlich in breiten Teilen der Bevölkerung in Frage gestellt. Darauf muss die Linke vorbereitet sein. Sie muss konkrete Massnahmen vorschlagen für einen substanziellen gesellschaftlichen Kurswechsel. In diesem Sinn skizzieren wir sechs Bausteine für einen solchen Kurswechsel. Dabei geht es uns nicht darum, jetzt schon festlegen zu wollen, wie ein solches Programm im Detail auszusehen hat. Vielmehr geht es um die generelle Stossrichtung und darum, eine dringend nötige Diskussion zu lancieren.

Erstens: Eine Krisenabgabe von 20% auf hohe Vermögen

Die „Bearbeitung“ einer Krise macht einen aussergewöhnlichen Einsatz von Ressourcen erforderlich. So ist zur Eindämmung der Finanzkrise von 2008 weltweit innerhalb von kürzester Zeit die astronomisch anmutende Summe von über 11'000 Mrd. US\$ bereit gestellt worden (rund 18% des Welt-BIP). In der Schweiz wurden innert Stunden 70 Mrd.

US\$ zur Rettung der UBS aufgebracht. Diese Summen veranschaulichen den Spielraum an finanziellen Ressourcen, die kurzfristig mobilisierbar sind. Niemand soll also sagen, es fehlten die Mittel zur Bekämpfung der Krise und ihrer Folgen.

2008 stammten die Gelder aus zwei Quellen: Steuermittel und Geldschöpfungen der Zentralbanken. Die mobilisierten Beträge wurden in erster Linie zur Rettung der Banken eingesetzt. Damit wurde die höchst ungleiche

Reichtumsverteilung nicht korrigiert. Zwar schrumpften die hohen Vermögen kurzfristig, weil die Wertpapiere (Aktien etc.) Kursverluste hinnehmen mussten. Der Grossteil dieser Verluste ist aber längst wett gemacht, und heute ist der weltweite Reichtum nochmals ungleicher verteilt als vor der Krise von 2008.

2013 hat der Internationale Währungsfonds (IMF; 2013, S. 49) mit dem Vorschlag einer einmaligen Abgabe auf hohe Finanzvermögen für Aufregung gesorgt. In einem Fiskalbericht mit dem Titel „Taxing Times“ wird einer solchen Abgabe eine hohe Wirkung zugebilligt bei geringen Nebeneffekten, sofern sie rasch erhoben wird und Umgehungsmöglichkeiten ausgeschaltet werden. Der IMF bringt eine Abgabe in der Höhe von 10% ins Spiel. Unseres Erachtens muss eine solche Abgabe auf grosse Vermögen von mehr als 1 Mio CHF beschränkt werden (ohne eigenbewohnte Immobilien und übliche Sachwerte); auf der andern Seite muss eine höhere Abgabe von 20% angepeilt werden. Laut dem World Wealth Report der Unternehmensberatungsfirma Capgemini gab es in der Schweiz im Jahr 389'2000 Personen, die über mehr als 1 Mio US\$ investierbare Assets verfügten (Finanzmittel ohne selbstbewohnte Immobilien, Sammlungen und langlebige Gebrauchsgüter). Sie verfügten über ein Gesamtvermögen von 1204 Mrd. US\$ (NZZ vom 19.6.18, S.33; Capgemini 2018, Fussnote S.3 und S.11). Angenommen eine Krise lässt dieses Vermögen wegen fallenden Preisen auf Wertpapieren auf 1000 Mrd. schrumpfen, dann ergibt eine Abgabe von 20% immer noch einen Betrag von CHF 200 Mrd.¹. Mit einem solchen Betrag lässt sich Einiges ausrichten, z.B. die Sicherung der Sozialleistungen, unbegrenzte Taggelder in der Arbeitslosenkasse und ein ökosoziales Investitionsprogramm. Bei Bedarf können zudem auch der Staat (z.B. über eine Sonderanleihe oder über die allgemeinen Finanzmittel) und die Zentralbank zur Mobilisierung von weiteren Finanzmitteln beitragen. Es ist überdies erforderlich, dass das Steuersystem so reformiert wird, dass die

¹ Vermutlich ist es sinnvoll, dass diese Vermögensabgabe teilweise auch in Form von Wertpapieren getätigt werden kann. Damit wird verhindert, dass grosse Bestände von Wertpapieren in kurzer Zeit verkauft werden müssen, was die Kurse erheblich unter Druck bringen könnte.

Steuergeschenke der letzten 30 Jahre an die Unternehmen und die reichsten 1% der Bevölkerung wieder dauerhaft rückgängig gemacht werden.

International Monetary Fund IMF (2013). Fiscal Monitor – Taxing Times. Online unter <https://www.imf.org/en/Publications/FM/Issues/2016/12/31/Taxing-Times> (gelesen am 30.8.18)

Capgemini (2018). World Wealth Report. <https://www.worldwealthreport.com/download>

Zweitens: Die entschlossene Demokratisierung von Finanzdiensten und Geldpolitik

Für das alltägliche Funktionieren einer Geldwirtschaft ist die reibungslose Gewährleistung von grundlegenden Finanzdiensten unerlässlich. Daraus resultiert auch die Too-Big-To-Fail-Problematik: Grosse Finanzhäuser, die weite Teile dieser Finanzdienste kontrollieren, können nicht in Konkurs gehen, ohne dass dies die gesamte Wirtschaft in den Abgrund zieht. Sollten nun erneut systemrelevante Banken ins Trudeln geraten, so sind sie zu verstaatlichen und grundlegend zu reorganisieren. Essenzielle Finanzdienste wie der Zahlungsverkehr, das individuelle Sparen oder die Gewährung von Krediten müssen dabei dauerhaft in einen demokratisch kontrollierten Service public überführt werden. Private Banken hingegen, die auf eigenes Risiko Geschäfte betreiben, müssen von solchen Diensten ausgeschlossen werden, d.h. sie müssen sie z.B. bei der Postfinance einkaufen. Die Verstaatlichung muss rechtlich einem Konkurs gleichgestellt werden, d.h. es darf keinen Anspruch auf Sicherstellung der bei der Bank deponierten Vermögen geben (ausser für Sparguthaben bis zu 100'000.- CHF). Zu dieser Thematik hat das Denknetz 2010 einen entsprechenden Report publiziert.

Gleichzeitig muss die Politik der Zentralbank konsequent in den Dienst der grossen Bevölkerungsmehrheit gestellt werden. Es ist unmöglich vorauszusagen, welche Massnahmen der Zentralbank im Krisenfall Vorrang haben müssen. Möglicherweise wird es erforderlich, dass die Zentralbank auf der Basis von Notrecht den Sozialwerken (insb. der Arbeitslosenversicherung) mit einer Zusatzfinanzierung unter die Arme greift. Oder es wird erforderlich, eine neue

Währungsuntergrenze zu definieren, um eine unkontrollierte Flucht in den Schweizer Franken und die Spekulation mit dem Schweizer Franken zu verhindern.

Voraussetzung für eine solche Politik im Interesse der breiten Bevölkerung ist die Auswechslung der Führungsspitze der Zentralbank. Das heutige Führungsgremium hat zu Genüge bewiesen, dass es in erster Linie den Interessen des Finanzkapitals verpflichtet ist.

Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie (2010). Zur Too big to fail - Problematik: Finanzdienste als Service public. http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/Working_Paper_Finanzdienste_als_Service_public_Juni_2010.pdf

Drittens: Ein auf Care-Dienste, ökologischen Umbau und öffentliche Infrastrukturen fokussiertes, massives Investitionsprogramm

Die Schweiz lanciert ein ökosoziales Investitionsprogramm im Umfang von zum Beispiel 20 Mrd. CHF pro Jahr und mit einer Laufzeit von mindestens fünf Jahren. Das Programm muss umfangreich genug sein, um starke und nachhaltige ökonomische Impulse auszulösen. Es muss auch genügend neue Stellen schaffen, um ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Kern des Programms ist ein Finanzfonds, der von einem demokratisch legitimierten Investitionsrat geführt wird und in dem auch Verbände und Gewerkschaften, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen Einsitz nehmen. In den Genuss von Geldern sollen ausschliesslich Unternehmen und Institutionen kommen, die sich sozialen und nachhaltigen Zielen verpflichten.

Programm-Schwerpunkte sollen sein:

- ökologische Investitionen, z.B. energetische Gebäudesanierungen
- Projekte zur 100%igen Vermeidung von Abfall und zur Förderung einer No-Carb-Gesellschaft
- Investitionen in öffentliche Care-Dienste, z.B. Kitas, Spitexen, betreutes Wohnen im Alter
- Investitionen in eine Demokratisierung des Internet, z.B. in die Entwicklung von überwachungsreifen Plattformen
- Aufbau von Bildungsangeboten, damit

genügend Fachkräfte verfügbar werden.

- Unterstützung, Ausbildung und Einbezug von Geflüchteten

Die demokratische Bedarfswirtschaft. Auf dem Weg zu einer postkapitalistischen Gesellschaft – eine Skizze (2006).

http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/Ringger_demokratische_Bedarfswirtschaft_Jahrbuch06.pdf

Viertens: Gute Jobs für alle gewährleisten

1976 sagte der freisinnige Leiter der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich, Hans Würzler: „Arbeitslosigkeit muss nicht sein, wenn die politisch Herrschenden diese nicht wollen“. Wir können diese Aussage nur unterstreichen. Eine demokratische Gesellschaft muss dafür sorgen, dass alle BewohnerInnen eines Landes Zugang zu Erwerbsarbeit haben – bei guten Arbeitsbedingungen und Löhnen. Gesichert wird dies durch ein Bündel von Massnahmen, die situativ angepasst werden müssen. Dazu gehören z.B.:

- Das erwähnte Investitionsprogramm. Solche gesellschaftlichen Formen ökonomischer Steuerung sollen dazu dienen, auf Dauer zu einer neuen Vollbeschäftigung zu kommen.
- Arbeitszeitverkürzungen. Eine in Krisen griffige Form ist das in Dänemark unter dem Titel ‚leave-of-absence schemes‘ 1994 eingeführte Modell. Demnach können Lohnabhängige einen einjährigen Urlaub antreten, während dem sie eine Entschädigung in der Höhe der Arbeitslosengelder beziehen. Ihren Job stellen sie während dieser Zeit einer arbeitslosen Person zur Verfügung. Damit kann vermieden werden, dass Leute über lange Zeit aus dem Arbeitsprozess ausgeschlossen werden.
- Im Bezug auf generelle Arbeitszeitverkürzungen steht in der Schweiz an vorderster Stelle die Einführung einer mindestens 38-wöchigen Elternzeit (häufig auch Elternurlaub genannt – wobei es sich ja nicht um einen Urlaub handelt). Dies fordert auch die Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (laut einer von dieser Kommission in Auftrag gegebenen Studie werden in den OECD-Ländern durchschnittlich 54 Wochen Elternzeit gewährt).

- Verfahren, mit denen aus der Zivilgesellschaft heraus sinnvolle Projekte lanciert werden, die wiederum neue Jobs generieren. Communities schaffen so Stellen, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, sofern für die Projekte ein plausibler gesellschaftlicher Bedarf ausgewiesen werden kann. Beispiele: Quartiervereine lancieren ein Integrationsprogramm für Geflüchtete; Nachbarschaftsgruppen bauen eine im Quartier verankerte Kinderbetreuung auf; eine IT-Community lanciert zusammen mit JuristInnen ein Projekt für eine Rechtsauskunfts-Plattform; internationale Teams starten Projekte für die Wiederaufforstung in Dürregebieten des globalen Südens; Kulturschaffende lancieren eine Offensive für das Video- und Filmschaffen in der Schweiz; Gesundheitsfachleute starten das erfolgreiche holländische Buurzorg-Pflegemodell in der Schweiz und Projekte für mehr Erfahrungsmedizin in Pflegeheimen. Die Finanzierung solcher Projekte erfolgt aus dem Investitionsfonds.

Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (2018): Elternzeit — weil sie sich lohnt!
https://ekff.admin.ch/fileadmin/user_upload/ekff/05dokumentation/Elternzeit/Argumentarium_Elternzeit_D.pdf

Die Arbeitszeit ist tot – es lebe die Arbeitszeitverkürzung (2010). http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/Ringger_Arbeitszeitverkürzung_Jahrbuch_2010.pdf

Fünftens: Einrichtungen der sozialen Sicherheit krisensicher machen

Gut funktionierende Einrichtungen der Sozialen Sicherheit wie die Arbeitslosenversicherung oder die Rentensysteme sind für all jene von existenzieller Bedeutung, die auf entsprechende Unterstützung angewiesen sind – in einer Krise mehr denn je. Solche Systeme sichern jedoch nicht nur die Existenz der Betroffenen, sie sind auch zur Bekämpfung der Krise selbst von hoher Bedeutung, weil sie verhindern, dass die wirtschaftliche Nachfrage einbricht und damit die Krisendynamik erheblich verstärkt wird. Um die Sozialwerke in der Schweiz krisensicher zu machen sind drei Massnahmen vordringlich:

- Die Arbeitslosentaggelder müssen solange unbegrenzt gewährt werden, wie die Wirtschaftskrise andauert.
 - Die Zweite Säule der Alterssicherung (BVG, Pensionskassen) muss reformiert werden in Richtung eines Mischsystems aus Kapitaldeckung und Umlageverfahren. Die zweite Säule befindet sich jetzt schon in Schiefelage (Rückgang der mittleren Rente in den letzten 5 Jahren um monatlich 600.-!). In einer Krise würde diese Schiefelage durch Einbrüche beim Kapitalstock massiv verschärft. Deshalb ist eine grundlegende Reform erforderlich.
 - Die bereits heute durchlöchernte Sozialhilfe muss ersetzt werden durch Grundsicherung für alle auf dem Niveau der heutigen Ergänzungsleistungen.

Das BVG-Mischmodell (2018):
<http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2018/08/BVG-Mischmodell-def-13.8.18.pdf>

Garantierte Grundsicherung für alle (2017):
http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2018/02/DN_10_2017_Garantierte_Grundsicherung_A4.pdf

Mosaik-BGE (2015): http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/zusammenfassung_wuerde_bedingungslos.pdf

Sechstens: internationale Solidarität stärken

Eine nächste Wirtschaftskrise wird den Kampf um die politische Leitkultur - neoliberal, nationalistisch oder demokratisch – noch verschärfen. Der Nationalismus ist die bornierte Reaktion auf die 35-jährige Dominanz der globalisierten neoliberalen Politik. Doch Neoliberalismus und Nationalismus sind negative Utopien. Einzig eine erneuerte demokratische Ausrichtung kann die erforderlichen Gestaltungsräume für eine lebbare Zukunft eröffnen. Sie macht vor nationalen Grenzen nicht Halt – im Gegenteil. Wir brauchen eine Welt, in der alle Menschen gleichen Anspruch auf ein gutes Leben haben. Wir brauchen eine globale Gesellschaft des Sich-Kümmerns: Für Klimastabilität und Lebensräume, für den Schutz der Menschen vor Ausbeutung und Diskriminierung. An dieser Richtschnur muss sich linke Politik messen lassen - in jeder Situation. So darf es keine Krisenbekämpfung auf Kosten der Bevölkerungen anderer Länder geben.

Konkret bedeutet dies unter anderem:

- Abschied von einer Steuerdumpingpolitik
- Ein Teil des Investitionsprogramms orientiert sich an den Bedürfnissen der Bevölkerungen des globalen Südens
- Die Personenfreizügigkeit soll für Menschen aus allen Ländern gelten. Es darf keine migrationspolitische Abschottung geben, und MigrantInnen müssen die gleichen Rechte haben.
- Konzerne müssen in der Schweiz rechtlich belangt werden können für Menschenrechtsverletzungen im Ausland
- Die heutigen Bestimmungen für Waffenexporte dürfen nicht aufgeweicht werden

Oltener Komitee 2.0

Gegenwärtig wird viel über den Landesstreik von 1918 gesprochen. Dieser hat die Schweiz trotz einer Niederlage nachhaltig verändert. An diese Tradition soll und kann angeknüpft werden: Um ihrem Krisen- und Transformationsprogramm Geltung zu verschaffen, gründen die fortschrittlichen Organisationen der Schweiz ein **Oltener Komitee 2.0**, das mit öffentlichen Diskussionen, eigenen Kommunikationsplattformen und konkreten Mobilisierungen die Kräfte bündelt und gemeinsam in die Waagschale wirft. Dabei sollen auch international Kontakte gesucht und gestärkt werden, um die Krise solidarisch zu bewältigen und fortschrittliche Politiken zu stärken.

Nächste Krise: Bald, heftig, lang

Der Kapitalismus erzeugt immer wieder neue Wirtschaftskrisen. Er kann nicht existieren, „ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren“ (Kommunistisches Manifest). Zu den konjunkturellen, vorübergehenden Krisen, wie sie alle sieben bis zwölf Jahre auftreten, gesellen sich längerfristige Verwerfungen, die sich im gesellschaftlichen Gefüge festsetzen und die die konjunkturellen Krisen erheblich verschärfen. Im Folgenden begründen wir unsere These, wonach die nächste Wirtschaftskrise bald ausbrechen könnte, heftig und lang sein dürfte und die meisten Wirtschaftsräume erfasst.

Im Herbst 2008 konnte ein Zusammenbruch der Finanzmärkte nur mit massiven öffentlichen Interventionen verhindert werden. Insgesamt, so rechnete die NZZ am Sonntag in ihrer Ausgabe vom 15.2.2009 vor, war 2007 und vor allem 2008 von Regierungen und Zentralbanken die unglaubliche Summe von 11'324 Milliarden Dollars aufgebracht worden, um den Finanz- und Wirtschaftskollaps abzuwenden, was rund 20% der damaligen globalen Weltwirtschaftsleistung entsprach – und die Zahl sei erst noch konservativ geschätzt. Seither – seit zehn Jahren also – verfolgen die Zentralbanken eine Tiefzins-Politik, um die Wirtschaft bei Laune zu halten. Für Banken und Grosskonzerne ist Geld praktisch zum Nulltarif zu haben. Entsprechend hoch ist die Risikobereitschaft, und entsprechend stark hat die globale

Verschuldung zugenommen: Lag sie zu Beginn der Finanzkrise 2007 bei sehr hohen 162 Bio. US\$, so ist sie – nach einer krisenbedingten Delle nach 2008 - bis ins 3. Quartal 2017 auf 233 Bio. US\$ geklettert². Wenn nun demnächst das Zinsniveau auf diesen Schulden generell erhöht wird, dann kommt der auf billigem Geld beruhende Wirtschaftsmotor ins Stottern. Ähnlich wie im Sommer 2007 könnten dann die Beziehungen auf den Finanzmärkten instabil werden und schliesslich in offenes Misstrauen umschlagen. Wenn die Banken aber befürchten, dass andere Banken wegen grosser Risikoexpositionen crashen, dann verweigern sie ihnen die für die

² FAZ, 5.1.18
<http://www.faz.net/aktuell/finanzen/finanzmarkt/die-verschuldung-in-der-welt-15375440.html> (gelesen am 19.6.18)

Liquidität unerlässlichen kurzfristigen Kredite, und der Finanzmarkt droht zusammenzubrechen.

So oder ähnlich könnte der Verlauf auch einer nächsten Krise aussehen. Worin aber liegen die Gründe, die periodisch zu solchen Krisen führen, und warum werden diese Krisen gegenwärtig immer heftiger? Mit diesen Fragen beschäftigen wir uns in den nachfolgenden Ausführungen.

Relativer und absoluter Mehrwert

Neoliberale ÖkonomInnen verstehen den Kapitalismus als ein im Grunde stabiles, dynamisches Gleichgewichtssystem von Angebot und Nachfrage, das sich krisenfrei entwickelt, sofern keine Störungen von aussen auftreten. Eine kritische, an Marx und Keynes anknüpfende Sicht nimmt die Märkte durchaus auch in den Blick, richtet diesen aber tiefer: Der eigentliche Motor des kapitalistischen Wirtschaftens besteht aus dem ‚Kolben‘ der Profitmaximierung, der durch den ‚Zylinder‘ der Konkurrenz eingefangen wird. Unternehmen befinden sich in einem oft unerbittlichen Krieg um Marktanteile und um einen möglichst hohen Anteil am Mehrwert (der Masse an Gewinnen). Dieser Kampf um Markt- und Mehrwertanteile wird auf zwei grundlegend verschiedene Arten ausgetragen. Mehrwert kann zum einen gesteigert werden, in dem die Lohnkosten möglichst tief gehalten werden: Löhne drücken, Arbeitszeit verlängern, Arbeit intensivieren. Marx nennt diese Form die *absolute* Mehrwertsteigerung. Sie lohnt sich aus Sicht des *einzelnen* Unternehmens, ist aber aus Sicht *aller* Unternehmen fatal: Sinken die Löhne, sinkt auch die Nachfrage nach Waren – die Gesamtwirtschaft wird ausgebremst. Die andere Art der Mehrwertsteigerung heisst *relativ*. Durch die Automatisierung der Warenfertigung steigt die Arbeitsproduktivität. Dadurch können die Waren in kürzerer Zeit hergestellt werden, und sie werden billiger. Die Lohnabhängigen können deshalb mit dem gleichen Lohn mehr Waren erwerben, obwohl der Anteil der Löhne am Gesamterlös der Unternehmen gleich bleibt oder sogar sinkt. In ‚normalen‘ Wirtschaftsperioden dominiert diese Form der Mehrwertsteigerung, und sie hält die absolute Mehrwertsteigerung stabil, das heisst die Summe der Löhne und der Sozialleistungen an der gesamten Wirtschaftsleistung bleibt konstant. Dabei

produzieren diejenigen Unternehmen, die am stärksten automatisieren, am billigsten - sie können deshalb einen Extraprofit einstreichen, der erheblich über dem Durchschnittsprofit der jeweiligen Branche liegt. Dies gelingt allerdings nur so lange, bis die Konkurrenz dasselbe (oder ein noch besseres) Automationsniveau erreicht hat, was diese natürlich so rasch als möglich zu erreichen sucht. Auf diese Weise wird die relative Mehrwertsteigerung laufend vorangetrieben. Sie ist gewissermassen das Herzstück des Kapitalismus.

Nun geht es natürlich nicht nur darum, ob die einzelnen Unternehmen florieren oder in Schwierigkeiten stecken. Die Krisen einzelner Unternehmen wären ja zeitlich und örtlich so verteilt, dass dadurch der Zustand der gesamten Wirtschaft kaum tangiert würde. Es geht vielmehr um einen ständigen Anpassungs- und Erneuerungsprozess des Kapitalismus *insgesamt*. Der Schlüssel dabei bildet die Fähigkeit, auch übers Ganze gesehen aus dem investierten Kapital laufend genügend neues Kapital zu erzielen, d.h. die produzierten Waren und Dienste auch absetzen zu können und damit Gewinne zu realisieren. Krisensituationen entstehen dann, wenn dieser Gesamtprozess ins Stocken gerät: In einem Land, auf einem Kontinent oder auch auf globaler Ebene.

Konjunkturelle und strukturelle Krisen

Dabei werden traditionell zwei Krisenformen unterschieden. *Konjunkturelle Krisen* entsprechen einem ‚normalen‘ Anpassungsprozess, der nötig wird, weil in einer Phase des Wirtschaftsaufschwungs der Grossteil der Unternehmen gleichzeitig investiert und seine Kapazitäten ausweitet. Das aber führt dazu, dass gemessen an der Nachfrage Überkapazitäten entstehen und eine Krise ausgelöst wird (zur Zeit lässt sich das anschaulich auf dem Schweizer Wohnungsmarkt beobachten). Angesichts der realen Profitaussichten ist nun zu viel Kapital vorhanden. Das überschüssige Kapital wird in der Krise deshalb vernichtet. Konkret: Wenn der Absatz der Waren ins Stocken gerät, dann werden jene Unternehmen aussortiert, die die höchsten Produktionskosten haben respektive die unattraktivsten Waren herstellen. Konjunkturelle Krisen treten alle sieben bis zwölf Jahre auf. Sie können auf bestimmte

Länder, Branchen oder Regionen beschränkt sein und müssen sich nicht zwangsläufig zu einer globalen Krise ausweiten.

Viel problematischer sind strukturelle Krisen. Dabei kommt es zu grundlegenden Problemen bei der Kapitalakkumulation, die sich über mehrere Jahrzehnte hinziehen und von den konjunkturellen Krisen nicht mehr aufgefangen werden können. Wie erklärt sich das? In Phasen eines strukturellen Aufschwungs des Kapitalismus ist die Investitionsquote (der Anteil des Wirtschaftsprodukts, der investiert wird) hoch; der Grossteil der Gewinne wird dabei für die reale Ausweitung der ökonomischen Tätigkeiten verwendet; der Motor läuft auf vollen Touren.

In Phasen einer strukturellen Krise hingegen laufen die Profitquote (der Anteil der Gewinne am Wirtschaftsprodukt) und die Investitionsquote auseinander. Die Investitionen in neue Maschinen, neue Fabriken, neue Software, neue Produkte, neue Technologien und neue Infrastrukturen gehen also relativ zur Wirtschaftsentwicklung zurück. Die Investitionsquote verflacht sich und beginnt zu sinken. In der Folge nimmt die Überakkumulation an Kapital ein neues Ausmass an. Wie löst nun der Kapitalismus eine solche, potenziell gefährliche Situation? Was geschieht mit diesem dauerhaft überschüssigen Kapital? Antwort: Es wird vermehrt spekulativ eingesetzt und bläht die Finanzmärkte auf. Die Kurse von Wertpapieren stiegen, neue Formen von Wertpapieren (z.B. Derivate) werden kreiert, die Preise für Immobilien klettern in die Höhe, und auch mit Waren wie Rohstoffen wird zunehmend spekuliert. Parallel dazu übt das Kapital hohen Druck auf die Politik aus, regulatorische Grenzen für einen solchen finanzierten, spekulativ aufgeladenen Kapitalismus abzuschaffen (genau das ist eines der Hauptanliegen des Neoliberalismus). Der Kapitalismus tritt damit in eine spekulative Phase. Seit den 1980er Jahren laufen die Profitquote und die Investitionsquote genau nach diesem Muster auseinander. Die Profitquote ist seither am Steigen, die Investitionsquote verläuft flach respektive fällt. Das ist ein untrügliches Zeichen für die geschilderte Problematik. Die lange Dauer dieser Phase der gegenwärtigen Überakkumulation ist nun aber besonders besorgniserregend: Die Finanzmärkte sind so aufgebläht, dass ein Kollaps droht, wie er 2008

in Extremis gerade noch einmal abgewendet werden konnte.

Kommen wir auf die Begriffe des absoluten und des relativen Mehrwerts zurück. In Phasen, in denen die Investitionsquote zurückgeht, sinkt auch das Potential für die relative Mehrwertsteigerung: Die ungenügenden Investitionen gehen einher mit einer geringeren Erhöhung der Produktivität, weswegen die relative Erhöhung des Mehrwertes eingeschränkt wird. Gleichzeitig wachsen die Märkte langsamer, was die Konkurrenz zwischen den Unternehmen verschärft. Diese reagieren doppelt auf diese Herausforderung. Erstens versuchen sie nun, den absoluten Mehrwert zu steigern. Auf Löhne, Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen wird Druck ausgeübt, Arbeitsplätze werden in Billiglohnländer verlagert, Arbeitsprozesse werden verdichtet, und es wird auf eine Senkung der Steuern gedrängt. Eine chronische Arbeitslosigkeit wird begrüsst, weil damit die Lohnabhängigen diszipliniert werden können; die Macht der Gewerkschaften wird wenn immer möglich eingedämmt. Hier finden wir – neben der Deregulierung der Finanzmärkte – einen weiteren Kern des Neoliberalismus. Eine andere Reaktion auf den Rückgang des relativen Mehrwerts sind verschärfte Bemühungen, Oligopole und Monopole zu schaffen. Konzerne fusionieren. Weniger rentable Bereiche werden an Zulieferer ausgelagert, die mit geringen Profitmargen arbeiten. Auch Patente und Wissensmonopole sind wichtige Instrumente, um Monopole zu begründen und die Profite zu steigern. Dies ist in den letzten Jahrzehnten v.a. in den Bereichen IT, Pharma und Finanzen gelungen. Wichtige Teile der globalen Profitmasse fallen heute in diesen Branchen an. Im Ergebnis sinkt nun die Lohnquote, während die Profitquote steigt. Auch dies lässt sich seit 1980 beobachten. Entsprechend hat die Ungleichheit bei der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen.

Die tiefliegenden Gründe für die gegenwärtige Strukturkrise

Warum aber ist es zur gegenwärtigen strukturellen Krise gekommen? Hier sind zwei Gründe ausschlaggebend: Das Zentrum der ökonomischen Dynamik hat sich von der

Güterproduktion in die Produktion von Wissen, von Daten und von Algorithmen verlagert. Und zweitens nimmt der Anteil der Care-Arbeit am Gesamtvolumen der geleisteten Arbeit markant zu. Beides hat erhebliche Konsequenzen.

Die Produktion von Daten, Algorithmen und neuem Wissen – etwa die Entwicklung von Software, das Sammeln von Expertenwissen, aber auch die Entwicklung neuer Medikamente – unterliegt ganz andern Gesetzen als die Produktion von „klassischen“ Waren wie Autos, Waschmaschinen oder Fertigungsanlagen. Bei letzteren ist die Produktion aufwändig und kapitalintensiv. Bei Ersterem hingegen – bei der wissensbasierten Produktion – ist die Entwicklung alles und die Produktion (fast) nichts. Beispiel: Ist ein Computerprogramm (etwa eine App) einmal geschrieben, dann ist die Arbeit schon getan: Die „Produktion“ einer App beschränkt sich darauf, sie online zu stellen – damit ist sie bereits für alle Anwender nutzbar. Ähnlich die Pharmaindustrie: Ist ein Medikament einmal entwickelt und getestet, dann ist der Grossteil der Arbeit ebenfalls schon gemacht. Und auch der Aufwand, neue Finanzprodukte unter die Leute zu bringen ist im Vergleich zu herkömmlicher Güterproduktion bescheiden. In der Summe benötigt deshalb die wissensbasierte Ökonomie markant weniger Kapitaleinsatz als die güterbasierte Ökonomie. In der Tendenz führt dies zu einer *strukturellen* Überakkumulation von Kapital. Und deshalb wird die laufende digitale Revolution (Industrie 4.0, Künstliche Intelligenz, Blockchains, Big Data usw) auch keinen Weg aus der aktuellen Strukturkrise bieten. Sie stösst zwar eine Fülle von Entwicklungen an, die jedoch alle wiederum stark auf der Wissensökonomie basieren und in der Summe deshalb nicht genügend neue Erwerbsarbeitsstellen schaffen und nicht genügend Kapital binden, um den Kapitalüberschuss zu absorbieren. Dies wird übrigens auch von einigen Mainstream-ÖkonomInnen erkannt, die in Anlehnung an die Debatten der 1930er Jahre von einer säkularen Stagnation³ sprechen, wie etwa der

ehemalige US-Finanzminister Larry Summers, der dem Begriff in einer mittlerweile berühmten Rede vor dem Internationalen Währungsfonds (IWF) im November 2013 zu neuer Popularität verholfen hat.

Ganz anders sind die Eigenheiten in der Care-Ökonomie. Mit dem Care-Begriff werden Arbeiten wie die Betreuung von Kindern oder von pflegebedürftigen Betagten oder die Haushaltsarbeiten wie Kochen und Putzen beschrieben, also die (zu grossen Teilen privat erbrachte) Bereitstellung einer Grundinfrastruktur des täglichen Lebens. Die Care-Ökonomie ist quantitativ von umfassender Bedeutung: Die Summe der geleisteten Care-Arbeit ist grösser als die Summe aller übrigen Arbeit zusammen! Ausgehend von diesem sehr hohen Niveau nimmt der Anteil dieser Care-Arbeiten am Total aller geleisteten Arbeit zudem gegenwärtig nochmals zu, unter anderem, weil die Zahl unterstützungsbedürftiger betagter Menschen steigt.

Das „Problem“: Care-Arbeit lässt sich kaum rationalisieren. Denn Zeit ist gewissermassen die Grundwährung der Care-Arbeit. Ein Kind wird nicht schneller erwachsen, auch wenn noch so viel Kapital investiert würde. Heilungsprozesse und Sorgearbeit brauchen ihre Zeit, wenn sie gelingen sollen. Und ein guter Teil der Care-Arbeit ist beziehungs basiert: Ohne ein grundlegendes Vertrauen misslingt die Betreuung von Kindern ebenso diejenige von LangzeitpatientInnen. Die Pflege von Beziehungen aber braucht wiederum Zeit. Im Kapitalismus ist Zeit nun allerdings eine Art Grundwiderstand, der bekämpft wird, um rascher, schneller, höher, weiter zu kommen. Zeit muss in Geld umgewandelt werden. Wird sie das nicht, wird sie zur verlorenen Zeit. Care-Arbeit widersetzt sich deshalb dem kapitalistischen Kernprozess der Rationalisierung und Produktivitätssteigerung. Eine Steigerung des relativen Mehrwerts ist

dafür werden oft die sinkenden Kosten für Kapitalgüter und eine zu langsam wachsende Endnachfrage genannt. Ersteres entspricht unserer Aussage von den Eigenheiten der Wissensökonomie, das Zweite ist eine Folge des Lohndruckes (auch wenn dafür fälschlicherweise oft die Alterung der Bevölkerung angegeben wird – wie wenn Pensionierte nicht gerne gute KonsumentInnen wären).

³ Der Begriff der Säkularen Stagnation wurde 1938 von Alvin Hansen, einem Zeitgenossen von Keynes, geprägt. Die Stagnation wird dadurch verursacht, dass die Wirtschaftsakteure zu wenig investieren. Als Gründe

nicht – oder nur sehr beschränkt – möglich. Die Profite sollen deshalb hauptsächlich auf dem Weg der absoluten Mehrwertsteigerung erhöht werden, etwa indem Pflegedienste innerhalb von kurzen, normierten Zeitvorgaben erbracht werden müssen. Dies geht allerdings zulasten der Qualität der Care-Arbeit. Auch hier sind also Grenzen gesetzt. Ausgerechnet der bedeutendste und am stärksten wachsende Sektor der Ökonomie ist deshalb nicht geeignet, die strukturellen Probleme der Kapitalverwertung zu lösen, sondern trägt seinerseits zu deren Verschärfung bei. Fazit: Die Entwicklung des Kapitalismus gerät gegenwärtig aus strukturellen Gründen in immer neue Verklemmungen. Natürlich gibt es auch Gegentendenzen, etwa die Wachstumsimpulse, die von den Schwellenländern ausgehen. Allerdings sehen sich diese Schwellenländer in den letzten zehn Jahren selbst mit den obigen Effekten konfrontiert. Und der von Trump entfachte Handelskrieg macht deutlich, dass das Erstarken insbesondere Chinas die ökonomischen Interessenskonflikte verschärft. Das ist im Übrigen einer der Gründe, warum wir davon ausgehen, dass eine nächste Wirtschaftskrise globale Dimensionen annehmen wird.

Für eine nachhaltige Lösung der strukturellen Krise müsste das Bürgertum über seinen Schatten springen. Die Steuerquoten müssten massiv erhöht werden, damit genügend Ressourcen für gute öffentliche Care-Dienste, Infrastrukturen und Bildungsangebote verfügbar sind. Die Lohnquote müsste steigen. IT-Monopole müssten zerschlagen werden, um möglichst grossen Nutzen aus den digitalen Entwicklungen ziehen zu können. Gleiches gilt für die Pharmabranche. Die Finanzdienste müssten ebenfalls zu öffentlichen Diensten umgeformt werden, um die Spekulation einzudämmen und die ökonomischen Abläufe zu stabilisieren. Und von der ökologischen Krise haben wir bislang noch gar nicht gesprochen: Auch für ihre Bewältigung sind grundlegende Reformen und Paradigmenwechsel erforderlich. Denn Investitionen in Nachhaltigkeit sind aus Sicht des Kapitals meistens nur Kosten, weil sie keine oder zu geringe Profite abwerfen. Doch der Kapitalismus ist alles andere als innovationsfreudig, wenn es um seine eigene Grundverfassung geht: Zu viele widersprüchliche Interessen blockieren die

nötigen Reformen, wie sich am Drama der Nichtbewältigung des Klimawandels oder an der Eurokrise ablesen lässt.

Die Krise von 2007/8 und ihre (Nicht-) Bewältigung

Wir haben bereits erwähnt, dass der Neoliberalismus im Kern ein Programm ist, um das Terrain für eine Steigerung der absoluten Mehrwertrate zu ebnen und der Finanzialisierung des Kapitalismus zu ermöglichen. Doch wenn die absolute Mehrwertrate erhöht wird, also die Lohnkosten gesenkt werden, dann kann die Nachfrage nicht mehr im erforderlichen Umfang steigen, weil die Leute insgesamt zu wenig Einkommen erzielen, um alle produzierten Güter und Dienste auch erwerben zu können. Ein Weg, um die erforderliche Nachfrage trotzdem zu sichern ist, den Leuten zu billigen Konsumkrediten zu verhelfen, sie also Schulden machen zu lassen. Genau dies ist in den USA in den 2000er-Jahren praktiziert worden, und zwar vor allem mittels Hypothekarkrediten auf Immobilien. Die Leute haben von den supergünstigen (subprime-) Hypotheken in grossen Mengen Gebrauch gemacht, nicht nur, um Wohneigentum zu erwerben, sondern um bestehendes Eigentum stärker zu belehnen und damit z.B. hohe Ausbildungskosten an Privatschulen oder hohe Heilkosten bei Erkrankungen zu begleichen. Gleichzeitig wurden Hypothekenschulden gebündelt und zu komplizierten Wertpapieren verbrieft. Dabei wurde behauptet, diese seien praktisch risikofrei, weil man gute und weniger gute Hypothekarkredite optimal verknüpft habe. Diese Wertpapiere wurden von Banken und Fonds in grossen Mengen gekauft. Doch dann stiegen die Zweifel an der Zuverlässigkeit dieser neuen Finanzprodukte. Die Folge: Die Subprime-Krise von 2007. Die Preise für die erwähnten Wertpapiere sanken ins Bodenlose, was einige wichtige Banken ins Wanken brachte das gesamte internationale Finanzregime mit sich riss. Statt nun in der Krise die Banken und Finanzinstitute Konkurs gehen zu lassen, wurden diese mit einem noch nie dagewesenen Einsatz von Notenbank – und Steuergeldern gerettet (wie erwähnt betrug die Gesamtsumme über 11'000 Mia US-Dollar). Begründet wurde diese Politik damit, dass die Grossbanken zu bedeutend geworden seien, um sie bankrott gehen zu lassen. Genau darin

drückte sich die strukturelle Dimension der Krise aus: Hätte man zugelassen, dass etliche Finanzinstitute ihre Tore schliessen und ihr Kapital hätten abschreiben müssen, dann wären die gesamten Finanzmärkte zusammengebrochen, und damit wäre global vielleicht die Hälfte aller Vermögenswerte vernichtet worden – für den weltweiten Kapitalismus wäre dies eine Krise unvorstellbaren Ausmasses geworden. Um ein solches Szenario abzuwenden, wurden die Finanzmärkte mit unglaublichen Geldmengen geflutet. In den Jahren nach der Krise wurde der Wirtschaftsmotor mit nochmals viel tieferen, teilweise sogar negativen Zinsen am Laufen gehalten. Den Unternehmen wurde das Geld quasi nachgeworfen in der Hoffnung, sie würden es für produktive Investitionen nutzen. Die Gelder sind jedoch nur beschränkt in reale Investitionen geflossen (die Gründe dafür haben wir oben geschildert). Die Tiefzinspolitik hat vielmehr vor allem dazu geführt, dass die billigen Gelder erneut in grossem Stil für Spekulationszwecke eingesetzt worden sind. Das hat zu einer neuerlichen Aufblähung der Vermögenswerte geführt, u.a. zu einer langen Hausse an den Aktienmärkten und zu weiteren Preissteigerungen der Immobilien. Ein weiteres Problem kommt dazu. Ein wichtiges Ziel der neoliberalen Politik ist die Senkung von Steuern und Sozialabgaben – ganz im Sinn der Steigerung der Mehrwerttrate, weil Steuern für Unternehmen reine Kosten sind. Sozialversicherungen und öffentliche Dienste geraten in der Folge unter Druck und werden abgebaut. Damit werden aber auch gewichtige Konjunkturstabilisatoren geschwächt, denn dank den Sozialversicherungen (z.B. den Arbeitslosentaggeldern oder den Renten) sowie den öffentlichen Diensten wird die Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen stabilisiert, was bei Wirtschaftseinbrüchen besonders wichtig ist, um eine Negativspirale von sinkender Nachfrage, sinkender Produktion, sinkender Lohnmasse, erneut sinkender Nachfrage usw. zu verhindern oder zumindest abzuschwächen.

Die nächste Krise: Bald, heftig, lang?

Hier kommt ein weiterer Aspekt der Krise von 2007/8 ins Spiel, von dem vor allem die südlichen Länder Europas betroffen waren und die als Eurokrise bezeichnet wird. Die oben

beschriebene Pseudobewältigung der Finanzkrise hatte dazu geführt, dass die Schulden vieler Staaten zunahmen. Einige Finanzinstitute begannen nun, einige Staaten ins Visier zu nehmen und Spekulationsdruck aufzubauen. Zunächst betraf dies Griechenland, dann aber auch Spanien und Portugal. Die Banken erhöhten in der Folge die Zinsforderungen für Staatsanleihen so stark, dass sie damit erst eigentlich eine neue Krise auslösten. Denn ein Staat, der für seine Schuldpapiere 10% oder sogar 15% jährliche Zinsen bezahlen muss läuft tatsächlich Gefahr, in kurzer Frist zahlungsunfähig zu werden. Nun wäre erforderlich gewesen, dass sich die reichen Länder Europas solidarisch gezeigt hätten: Die EU hätte europäische Staatsanleihen herausgeben und die entsprechenden Gelder den EU-Südländern zur Verfügung stellen müssen. Solche europäische Staatsanleihen (Eurobonds) hätten für die Banken weiterhin attraktive Anlagemöglichkeiten geboten, die Zinsen wären tief geblieben. Zudem wäre zumindest im Falle Griechenlands ein Schuldenschnitt erforderlich gewesen – besonders auch deshalb, weil ein Grossteil der griechischen Schulden als illegitim beurteilt werden muss. Doch gegen solche Massnahmen sperrten sich Deutschland und einige weitere EU-Nordländer mit allen Kräften. Den Südländern (und auch Irland) wurden stattdessen „Hilfsgelder“ aufgenötigt, mit denen sie vor allem die Schuldendienste gegenüber den Banken bedienen mussten. Gleichzeitig wurde ihnen eine radikale Sparpolitik aufgezwungen. Damit konnten die Probleme dieser Länder aber nicht wirklich gelöst werden. Entsprechend schwelt die Euro-Krise bis heute weiter. Hier liegt auch der Grund, warum die Entwicklungen im hoch verschuldeten Italien zur Zeit mit so grosser Sorge verfolgt werden. Erneut bergen steigende Zinsforderungen – diesmal für italienische Staatspapiere - enorme Risiken. Erneut droht ein europäischer Flächenbrand wie 2010. Der Kapitalismus ist viel zu sehr von chaotischen Verläufen geprägt, als dass sichere Voraussagen möglich wären: Wann genau, wo, wie und in welcher Dynamik die nächste Krise ausbricht weiss niemand. Sicher ist aber, dass keines der gegenwärtigen strukturellen Probleme ausreichend behoben ist. Weil es zutrifft, dass nur Arbeit Wert schafft und Geld (Kapital) eben gerade nicht arbeitet, sondern

arbeiten lässt, mithin das menschliche Arbeitsvermögen aus Geld mehr Geld macht und es in Kapital verwandelt, ist eine unendliche Aufblähung des fiktiven Kapitals und der Kredite nicht möglich. Das Ausmass der gegenwärtigen Aufblähung ist schon wieder erschreckend hoch – deutlich höher als vor der Krise 2007/8. Deshalb ist auch klar, dass die Zentralbanken ihre Tiefzinspolitik (mit der diese Aufblähung gefördert wird) nicht ewig werden weiterführen können. Doch es bleibt unwägbar, welche Folgen Leitzinserhöhungen haben. Die Zentralbank der USA (FED) etwa hat den Zins in den letzten zwei Jahren in kleinen Schritten heraufgesetzt – was prompt erhebliche Kapitalabflüsse aus einigen Schwellenländern ausgelöst hat. Zusammen mit der zunehmenden Ungleichheit der Einkommen, der wieder wachsenden privaten Verschuldung, der Schwächung der sozialen Stabilisatoren durch die neoliberale Politik, der ungelösten Europroblematik usw. hat sich ein „idealer“ Nährboden für die nächste Krise gebildet. Der australische Ökonom Steve Keen etwa erwartet sie noch vor 2020 – und Keen war einer der wenigen, der die grosse Krise von 2007 vorhergesehen hatte.

Griechenland, die Eurokrise und die Frage der (illegitimen) Schulden

In den letzten zwei Jahren ist die Eurokrise aus den Schlagzeilen verschwunden. Das bedeutet aber nicht, dass die tieferen Ursachen dieser Krise behoben wären. Auch wenn Griechenland nun seit einigen Wochen aus den „Hilfsprogrammen“ der Troika entlassen ist, bleibt ein Schuldenberg zurück, der das Land bei der geringsten neuen Konjunkturertrübung wieder in den Abgrund zu ziehen droht. Zur Frage dieser Schulden und ihrer Illegitimität gibt eine interessante in Englisch verfasste Studie, die 2015 von der damaligen Präsidentin des griechischen Parlaments in Auftrag gegeben worden war. Die Studie ist leider seither in Vergessenheit geraten, insbesondere weil die EU sich gegenüber der griechischen Regierung mit ihrer harten Linie durchsetzen konnte. Das Denknetz macht sie Studie auf seiner Site wieder verfügbar:

<http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2018/09/Greece-Report-Dept-Comitee-June-15-2.pdf>

Texte zur Krisenthematik auf der Denknetz-Site

Auf der Denknetz-Site findet sich eine Fülle von Beiträgen, die sich mit den vielfältigen Aspekten von Wirtschafts- und Finanzkrisen auseinandersetzen:

<http://www.denknetz.ch/krisen/>